

«Darüber dürfte man nicht abstimmen»

Beim Referendum vom 7. März geht es nicht bloss um Versicherungsmathematik. Ein unveränderter Umwandlungssatz würde die Pensionskassen schwächen. Die Linke verfolge damit politische Ziele, sagt der Ökonom Martin Janssen. *Von Pierre Heumann*



«Auf kaltem Weg Richtung Volkspension»: Renten-Experte Janssen.

Am 7. März stehe die Zukunft der Renten auf dem Spiel, behaupten Befürworter und Gegner. Wird da nicht übertrieben?

Nein, denn es geht nicht nur um die Höhe des minimalen Umwandlungssatzes.

Sondern?

Wer den Umwandlungssatz auf dem aktuellen Niveau festschreiben will, höhlt die Pensionskassen aus. Und das hätte politische und wirtschaftliche Folgen.

Weil Pensionskassen bankrottgehen?

Nicht nur. Dahinter stehen handfeste politische und wirtschaftliche Interessen. Die Befürworter eines unveränderten Umwandlungssatzes sind ja nicht dumm. Es ist ihnen klar, dass es eines Tages zu wenig Kapital geben wird, wenn der Umwandlungssatz nicht reduziert wird. Deshalb gibt es wohl nur einen Schluss: Sie wollen unsere Altersvorsorge auf kaltem Weg in Richtung Volkspension umpolen, ohne dass sie ihre Absicht deklarieren. Eine Volkspension anstelle einer obligatorischen Pensionskasse wollte die Linke ja bereits in den sechziger Jahren einführen.

Das Volk lehnte solche Vorstösse allerdings wiederholt mit einer deutlichen Mehrheit von rund achtzig Prozent ab.

Und das wäre auch dieses Mal aus mehreren Gründen gut so. Beispielsweise wä-

ren wir bei einer schrittweisen Abkehr vom Kapitaldeckungsverfahren der Zweiten Säule mit dem Kapitalimport aus teils unerwünschten Quellen konfrontiert. Wenn in der Zweiten Säule nicht mehr genügend Kapital vorhanden ist, weil die Altersvorsorge vermehrt über die Erste Säule, also das Umlageverfahren, finanziert wird, fehlt das Kapital nämlich nicht nur den Rentnern, sondern auch der Wirtschaft.

Das heisst: Die Unternehmer müssten sich nach neuen Kapitalquellen umsehen.

Richtig. Und weil wir einen offenen Kapitalmarkt haben, wird das Geld vermehrt aus dem Ausland kommen – aus dem Mittleren Osten, aus Singapur, China oder aus Russland. Hinter der Absicht, die Zweite Säule zu schwächen, verstecken sich auch wirtschaftliche Ziele. Es geht den Linken darum, die Versicherer aus dem Markt zu drängen.

Was wäre ein korrekter Umwandlungssatz?

Richtig wäre ein Umwandlungssatz in der Grössenordnung von fünf Prozent.

Wie berechnen Sie das?

Gemäss Bundesamt für Statistik haben Erwerbstätige, die dieses Jahr 65 Jahre alt werden, eine durchschnittliche Lebenserwartung von 22 Jahren. Teilt man 100 Franken Alterskapital durch 22 Jahre, ergibt das eine Jahresrente von Fr. 4,54, d. h. einen Um-

wandlungssatz von 4,54 Prozent pro Jahr. Berücksichtigt man, dass die Witwen und Waisen ca. 21 Prozent der Leistungen empfangen, verbleiben nur noch 79 Franken. Und 79 Franken geteilt durch 22 Jahre macht Fr. 3,59 pro Jahr. Unterstellt man einen risikoarmen Zins, weil die Rentner ja sichere Renten erhalten, kommt man höchstens auf 5 Franken pro Jahr. Weil auf absehbare Zeit keine Inflation herrscht, muss auch kein Inflationsausgleich finanziert werden.

Selbst wenn der Umwandlungssatz nach dem Referendum gesenkt werden sollte, wäre er nach wie vor zu hoch?

Ja, selbst mit diesem tieferen Satz lässt sich der Übergang zum Umlageverfahren nicht aufhalten. Doch eigentlich dürfte man über den Umwandlungssatz gar nicht abstimmen. Er ist eine Grösse, die sich weder durch Gesetze noch Verordnungen festlegen lässt.

Weshalb?

Die korrekte Höhe des Umwandlungssatzes ergibt sich im Wesentlichen aus der Lebenserwartung und dem risikoarmen Zinssatz. Beide sind nicht beeinflussbar. Der Umwandlungssatz müsste alle drei bis fünf Jahre angepasst werden. Denn die Höhe der Rente hängt ja nicht nur von der Höhe des angesparten Kapitals ab. Entscheidend ist ebenso die Frage, wie lange man nach der Pensionierung lebt. 1985 ist das Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge, die Zweite Säule, in Kraft getreten. Die Pensionierten leben heute im Schnitt vier Jahre länger als damals. Gleichzeitig sind die möglichen Zinserträge tiefer. Das bedeutet, dass die Pensionskassen heute mehr Renten auszahlen, als angespartes Kapital vorhanden ist.

Wer sind die Gewinner und Verlierer dieser Entwicklung?

Die Gewinner sind diejenigen, die heute 55 bis 65 Jahre alt sind. Wenn diese Gruppe nur an sich denkt, ist sie an einem hohen Umwandlungssatz interessiert. Man kümmert sich nicht darum, dass man zu viel Rente ausbezahlt bekommt. Für mich reicht es gerade noch, sagen sich die Egoisten. Die Verlierer sind jene, die jünger als 55 Jahre sind. Ihnen wird man eines Tages sagen müssen: Leider reicht das Kapital nicht mehr aus, um eure Rente zu bezahlen.

Martin Janssen, 61, ist Professor für Finanzmarktökonomie am Bankeninstitut der Universität Zürich und Leiter der Ecofin-Gruppe, die Software herstellt und grosse institutionelle und private Anleger berät.